



AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG 2018

PRESSEMAPPE

INHALT

- Programm a.o. Parteitag
- Medienmitteilung
- Rede von Peter Peyer, Regierungsratskandidat
- Rede von Lukas Horrer, Parteisekretär & Grossratskandidat
- Positionspapier «Neustart für Graubünden»



MEDIENMITTEILUNG

SP WILL NEUSTART FÜR GRAUBÜNDEN

Die SP Graubünden läutet am ausserordentlichen Parteitag die Schlussphase des Wahlkampfes ein. Die anwesenden Mitglieder verabschiedeten ein Positionspapier mit zehn konkreten Forderungen für den Neustart in Graubünden. Unter anderem werden eine faire Steuersenkung, Investitionen in die familienergänzende Kinderbetreuung und konkrete Massnahmen gegen den Filz gefordert. Regierungsratskandidat Peter Peyer wandte sich mit einer Rede an die anwesenden Mitglieder. Konkrete machte er drei Wahlversprechungen: Hartnäckig wolle er für seine Ideen und Werte in der Regierung kämpfen, im richtigen Moment den Kompromiss anvisieren, die Kollegialität hochhalten und stets offen, ehrlich und verbindlich kommunizieren.

Der Baukartell-Skandal erschütterte in den vergangenen Tagen unseren Kanton. Die Position der SP war in den letzten Tagen klar: Es braucht Aufklärung. Es braucht eine PUK. Die GPK wird dem Grossen Rat beantragen, eine PUK einzusetzen. Das ist auch ein Erfolg unserer klaren Haltung.

Die Aufklärung ist aufgegleist. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten jedoch bleiben bestehen. «Es ist wichtig, dass Graubünden aus dem Kartell-Skandal lernt und einen Aufbruch für mehr Fortschritt wagt», sagte Parteisekretär Lukas Horrer. Es braucht vor allem Investitionen in Bildung, Kultur und Forschung. Und mehr Pioniergeist bei Digitalisierung und Klimaschutz, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die anwesenden Mitglieder verabschiedeten einstimmig zehn konkrete Forderungen für den Neustart in Graubünden. Das Positionspapier findet sich in der Pressemappe. Unter anderem wird eine faire Steuersenkung, Investitionen in die familienergänzende Kinderbetreuung und konkrete Massnahmen gegen den Filz gefordert.

Peyer: «Das wahre Graubünden stärken!»

Regierungsratskandidat Peter Peyer sprach zu den anwesenden Mitgliedern. In Sachen Baukartell brauche es Transparenz und Aufklärung. «Aufklärung ist Grundvoraussetzung für neues Vertrauen. Aber Aufklärung alleine genügt nicht. Es braucht mehr», so Peyer weiter. Graubünden brauche politische Ideen, Konzepte und ihre Umsetzung. Die BündnerInnen müssen spüren, dass die Politik Resultate liefert, die ihr Leben verbessert. Und die restliche Schweiz müsse sehen, dass Graubünden eine Regierung und ein Parlament hat, die die Herausforderungen der Zeit engagiert und fortschrittlich anpacken.

Die Umfrage zeigt, dass das Rennen offen ist. Umso wichtiger ist es, dass die Kandidaten den verbleibenden Wochen nochmals aufzeigen, um was es bei diesen Wahlen gehen wird. Für Peyer ist klar: Graubünden braucht die höchste Lebensqualität. Das heisst anständige Löhne, bezahlbaren Wohnraum und mehr günstige Krippenplätze. Graubünden braucht auch mehr Pioniergeist. Pioniergeist bedeutet, nicht an alten Rezepten festzuhalten, sondern die Herausforderungen der Zukunft engagiert anzugehen: Digitalisierung und Klimaschutz. Und: Mehr Chancen für alle BündnerInnen. Das heisst unter anderem gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen an Stellen, wo entschieden wird.

Peyers Engagement gilt seit jeher jenen, die vieles richtig machen im Leben, sich beteiligen, sich an die Regeln halten, hart arbeiten, und trotzdem das Gefühl haben, nicht vom Fleck zu kommen. Und es gilt denjenigen, denen es zwar gut geht, die aber in einem fortschrittlichen und lebenswerten Kanton leben wollen. Dazu zählen nicht nur SP-Anhängerinnen und Anhänger. Viele liberale, konservative, christlich- oder bürgerlich demokratische Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die selten oder nie SP wählen, wollen Fairness, Ausgleich und eine breit abgestützte Regierung. Sie schätzen die Meinungsvielfalt, den Respekt vor den Institutionen und den politischen Wettbewerb um die besten Lösungen. «Auf diese Menschen wird es in den kommenden drei Wochen ankommen. Mit diesen Menschen will ich im Wahlkampf sprechen. Um ihre Stimmen will ich werben», sagte Peyer.



AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG 2018 – SAMSTAG, 19. MAI 2018 TRAKTANDENLISTE

Ort	«pur.lokal», Saluferstrasse 41, 7000 Chur
Beginn	Samstag, 19. Mai 2018 um 17:15 Uhr Der Parteitag findet im Anschluss an die Telefonaktion statt.
Leitung	Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden
Protokoll	Lukas Horrer, Parteisekretär SP Graubünden
Parteitagsunterlagen	Wurden unter www.sp-gr.ch/parteitag publiziert und stehen als Tischvorlage zur Verfügung.
Anmeldung	Bis spätestens Donnerstag, 17. Mai unter www.sp-gr.ch/parteitag . Alle Freiwilligen, die an der Telefonaktion teilnehmen sind bereits prov. angemeldet und müssen sich nicht mehr anmelden.
Wegbeschreibung	Siehe Anhang.

Traktandum 1: Begrüssung & Organisatorisches		
17:15	1.1	Begrüssung durch den Parteipräsidenten – <i>Philipp Wilhelm</i>
-	1.2	Mitteilungen & Informationen zum Ablauf des Parteitages, Verabschiedung der Traktandenliste - <i>Lukas Horrer</i>
17:25	1.3	Wahl der StimmzählerInnen - <i>Lukas Horrer</i>
Traktandum 2: Fortschritt für Graubünden		
17:25	2.1	Einbringung des Positionspapiers – <i>Lukas Horrer</i>
-	2.2	Diskussion
18:15	2.3	Schlussabstimmung
Traktandum 3: Rede des Regierungsratskandidaten		
18:15	3.0	Rede des Regierungsratskandidaten – <i>Peter Peyer</i>
-		
18:30		
Anschliessend: Apéro		

GRAUBÜNDEN BRAUCHT EINEN POLITISCHEN NEUSTART!

Von Lukas Horrer, SP-Parteisekretär und Grossratskandidat, Chur

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste

Unser Kanton steht unter Druck. Der Baukartell-Skandal erschütterte in den vergangenen Wochen uns alle. Die Reputation der Baubranche ist am Tiefpunkt. Und um jene der Politik steht es kaum besser. Die Verantwortung dafür tragen die fehlbaren Baumeister sowie diejenigen Amtsstellen und Politiker, die aktiv weggeschaut oder sogar selbst ins das Kartell involviert waren.

Was in der ganzen Aufregung oft vergessen geht ist die Frage, weshalb ein Kartell eigentlich problematisch ist. Wer ein Kartell bildet, spricht die Preise ab. Ein Kartell verhindert Wettbewerb genau dort, wo er für das Gemeinwohl nützlich wäre. Dort also, wo wir und unsere gemeinsame Sache an einem möglichst guten Preis interessiert sind. Ein Kartell betrügt mit überhöhten Preisen uns alle, um seinem Mitgliedern finanzielle Vorteile zu verschaffen. Die Zahlen der WEKO zum Bündner Kartell sind eindrücklich: In über 400 Fällen sprachen die Baumeister im Unterengadin die Preise ab. Der durch das Kartell festgesetzte Preis liegt nach Aussagen der WEKO rund 10-45 Prozent über dem eigentlichen Marktpreis. Diese 10-45 Prozent haben wir alle bezahlt: Steuerzahler, HauseigentümerInnen und MieterInnen. Es geht um Millionen. Darum ist das Ganze ein Skandal.

Das alles war möglich, weil es auch in der Bündner Politik kartellartige Strukturen gibt. Seilschaften verschaffen sich mittels Netzwerken persönliche Vorteile, mit dem Ziel, den Wettbewerb der politischen Ideen zu unterbinden. In der Politik nennen wir das einfach(er) Filz. Es gibt einen Filz zwischen Teilen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Politik. Wer ein Beispiel abseits des Baukartells sucht, möge sich die Handelsregisterauszüge ausgewählter Bündner Parlamentarier in Bundesbern ansehen. Die sind Länger als der durchschnittliche Lebenslauf!

Zum Baukartell noch zwei Dinge:

1. Einige (meist ältere) Herren sind bereits mit Relativierungen beschäftigt. Prominent haben sich in dieser Disziplin die Herren Masüger und Lebrument (beide Samedia) hervorgetan. Ihre Zeitungskommentare waren – ja, wie waren diese? Vorsichtig formuliert kann man sagen, sie haben die richtigen Worte nicht gefunden und den guten Ton deutlich verfehlt. Und sie fallen mit ihren Worten auch den eigenen MitarbeiterInnen in den Rücken, deren Berichterstattung kritisch war und die es hier auch ausdrücklich zu würdigen gilt. Wenn die Politik den Relativisten folgt und die Schuld beim Whistleblower, den Medien oder gar bei der WEKO sucht, wäre der Schaden für Graubünden noch grösser. Graubünden muss den Skandal aus eigener Kraft aufarbeiten und die Konsequenzen ziehen. Es darf hier keine Halbheiten geben.
2. Wir, die SP Graubünden, haben von Anfang an eine klare Haltung eingenommen und die lückenlose Aufklärung der Ereignisse und Verantwortlichkeiten gefordert. Konkret lautet unsere Forderung: Für die Aufklärung aller Aspekte dieses Skandals, braucht es das stärkste politische Mittel, eine PUK. Dass die GPK dem Grossen Rat nun beantragt, eine solche PUK einzusetzen, ist auch ein Erfolg unserer klaren Haltung. Die Aufklärung ist mit der Einsetzung einer PUK aufgegleist. Das ist wichtig. Es wird die Herkulesaufgabe der Politik sein, das verspielte Vertrauen in unsere Institutionen wieder herzustellen.

Wir treffen uns heute hier zum a.o. Parteitag, weil wir glauben, dass Aufklärung alleine nicht genügt. Denn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bleiben bestehen. Graubünden braucht einen Neustart. Es ist wichtig, dass Graubünden aus dem Baukartell-Skandal lernt und zugleich einen Schritt vorwärts macht.

Graubünden kann diesen Schritt nach vorn schaffen, ohne auf illegale Mittel wie Kartelle zurückzugreifen. Mit neuen Köpfen und neuen Ideen. Mit Investitionen in Bildung, Forschung und Kultur. So stärken wir Innovation, die Grundlage wirtschaftlichen Wachstums. Mit mehr Pioniergeist bei Klimaschutz und Digitalisierung meistern wir die Herausforderungen der Zukunft. Und: Mit

Massnahmen für bezahlbaren Wohnraum und Kinderbetreuungsangebote sowie dem Einsatz für kulturelles Schaffen machen wir Graubünden lebenswert. Das hat Zukunft – das ist Fortschritt.

Unser Positionspapier zeigt in der Schlussphase der Wahlkampagne nochmals auf, wie die SP den Neustart für Graubünden schaffen will. Das Positionspapier ist nicht umfassend – dafür konkret. Nach den Geschehnissen der vergangenen Wochen stehen alle Parteien und auch ihre Kandidaten in der Pflicht, den WählerInnen ihre Ideen und Interessen transparent darzulegen. Jetzt braucht es Programm. Worthülsen und Allgemeinplätze gehen nicht mehr.

Das Positionspapier umfasst zehn konkrete Forderungen. Mit den ersten drei Forderungen ziehen wir die Lehren aus dem Baukartell-Skandal. Es braucht schärfere Governance-Kriterien, eine Ombudsstelle und vor allem auch ein Konkurrenzverbot/Karenzfrist für die Annahme von VR-Mandaten von drei Jahren für abtretende RegierungsrätInnen.

Mit den Forderungen vier bis sechs wollen wir Graubünden fit für die Zukunft machen. Und zwar mit Digitalisierung und Klimaschutz. Die Politik muss hier mit innovativen MacherInnen aus der Gesellschaft endlich anpacken statt immer nur reden. Wir brauchen einen «Masterplan Zukunftssprung Graubünden» mit einem Digitalisierungsfond von 40 Millionen. So machen wir die Randregionen mit schnellen Leitungen wieder zu Zentren. Wenn wir die Energiewende endlich anpacken, schaffen wir mehr gute Arbeitsplätze und können der Bauwirtschaft - mit einem kantonalen Gebäudesanierungsprogramm für mehr Energieeffizienz - zu einem doppelt sauberen Neustart verhelfen.

Wer über die Zukunft Graubündens spricht, darf nicht vergessen: Es geht um die Bündnerinnen und Bündner. Nur wenn wir und alle potentiellen Neu-BündnerInnen hier leben wollen, kann die Wirtschaft prosperieren. Es braucht darum eine Politik für mehr Lebensqualität. Wir müssen dafür sorgen, dass die Bündnerinnen und Bündner für ihren Steuerfranken mehr bekommen. Und gerade wir in Graubünden brauchen die offene Gesellschaft. Sie macht uns als Tourismuskanton für Reisende aus aller Welt attraktiv und ist zugleich die Grundlage für Lebensqualität jeder Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Unsere konkreten Forderungen für mehr Lebensqualität:

1. Eine faire Steuersenkung, von der alle profitieren. Die Steuersenkungen für einigen wenige müssen ein Ende haben.
2. CHF 9 Mio. Mehrinvestitionen pro Jahr in die familienergänzende Kinderbetreuung. Das sind wir unseren Kindern und ihren Eltern schuldig.
3. Eine Kulturreserve von CHF 24 Mio., verteilt auf die nächsten acht Jahre. Das muss uns unsere Kultur Wert sein.
4. Mehr bezahlbarer Wohnraum. Der gemeinnützige Wohnungsbau muss verstärkt gefördert werden. Er ist die privatwirtschaftliche Lösung, die dafür steht, dass Raumplanung hochgehalten, innovative Architektur gelebt wird und zugleich mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht.

In den kommenden Wochen des Wahlkampfes geht es um diese zehn Forderungen und vieles mehr. Darum müssen wir diese Wahlen gewinnen. Mit Peter Peyer haben wir den demokratisch bestlegitimierten Kandidaten der Schweiz. Er wurde nicht von der Parteizentrale, sondern in offenen Vorwahlen von der interessierten Bevölkerung gewählt. Das ist Verpflichtung. Verpflichtung dazu, dass wir auch im Wahlkampf auf den direkten Austausch mit den WählerInnen setzen. Darum haben wir heute mit der Basiskampagne begonnen. Im direkten Gespräch hören wir die Sorgen und Hoffnungen der WählerInnen. Und wir können sie dazu motivieren, wählen zu gehen. In unsere Basiskampagne sind rund 160 Personen involviert. Sie alle glauben an den Neustart mit Peter Peyer und den SP-GrossratskandidatInnen. Und sie alle haben verstanden: Wahlen gewinnt man nicht, indem man kluge Konzepte schreibt oder Stunden in den besten Leserbrief aller Zeiten investiert. Wahlkampf ist dort, wo die Menschen sind. Dort wo es hie und da ungemütlich wird, also dort wo PolitikerInnen Red und Antwort für ihr Tun stehen müssen. Das kann hie und da anstrengend sein, immer aber ist es lehrreich. Genau dort muss auch der Neustart in Graubünden beginnen. Nur zusammen mit dem Volk schaffen wir diesen.

Am 10. Juni 2018 gilt es. Für den Fortschritt in Graubünden. Herzlichen Dank!

DAS WAHRE GRAUBÜNDEN STÄRKEN!

Von Peter Peyer, Regierungsratskandidat, Trin

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste

Auch meine sechs Konkurrenten betonen bei allen Gelegenheiten, dass die Politik nach dem Baukartell-Skandal um die eigene Glaubwürdigkeit und um das Vertrauen der Bevölkerung kämpfen muss. Das tönt mittlerweile banal. Aber es stimmt.

Genau darum ist es so wichtig, dass alle Aspekte dieses Skandals vollständig aufgeklärt werden. Das ist der Grund, warum es notwendig ist, dass der Grosse Rat eine Parlamentarische Untersuchungskommission, eine PUK, einsetzt. Der Grosse Rat ist nach unserer Verfassung die oberste Aufsichtsinstanz im Kanton Graubünden. Dem Parlament obliegt die Aufsicht über die Regierung und die Oberaufsicht über die Verwaltung. Der Grosse Rat steht somit in der staatspolitischen Pflicht, alle Mittel auszuschöpfen, um vollständige Transparenz zu schaffen. Der Grosse Rat hat noch mehr als die Regierung die Aufgabe, die Grundlage für ein neues Vertrauen zu schaffen.

Ich bin sehr froh, dass die beiden SP-Vertreter in der GPK - Jon Pult und Andreas Thöny - es geschafft haben, unsere Forderung nach einer PUK mehrheitsfähig zu machen. Ebenso wichtig war, dass unsere Standesvizepräsidentin Tina Gartmann in der Präsidentenkonferenz den GPK-Entscheid unterstützt hat. Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig die SP im Grossen Rat ist. Darum müssen wir bei den Grossratswahlen wirklich um jeden Sitz kämpfen. Denn jeder SP-Sitz erhöht die Qualität der Politik in unserem Kanton. Das hat unsere Fraktion in den letzten Jahren immer wieder bewiesen!

Aufklärung ist also eine Grundvoraussetzung für neues Vertrauen. Aber Aufklärung alleine ist nicht genug. Es braucht mehr. Es braucht politische Ideen, Konzepte, Vorschläge und ihre konkrete Umsetzung. Nur so kann Graubünden aus eigener Kraft und ohne dubiose Machenschaften Fortschritt erreichen.

Die Bündnerinnen und Bündner müssen spüren, dass die Politik Resultate liefert, die ihr Leben verbessern. Und die restliche Schweiz muss sehen, dass Graubünden eine Regierung und ein Parlament hat, die die Herausforderungen der Zeit engagiert und fortschrittlich anpacken.

In Graubünden gibt es leider tatsächlich eine Verfilzung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Das wissen wir schon lange. Es tauchen immer wieder die gleichen 15 – 20 Namen auf, wenn man sich die Mühe macht, einmal die Liste der Verwaltungs- oder Stiftungsratsmandate oder ähnlicher Gremien in öffentlichen oder staatsnahen Institutionen und im Kanton durchzuschauen.

Seit je verstehen sich einige Strippenzieher in den bürgerlichen Parteien - Strippenzieherinnen gibt es übrigens kaum, auch das ist kein Zufall! - als die einzigen wahren Vertreter der Wirtschaft. Andrea Hämmerle hat es in einem Leserbrief diese Woche schön gesagt (Zitat): «Ähnlich wie ein Baukartell teilen sie den Kuchen unter sich auf und achten sorgsam darauf, dass da keine Anderen und schon gar keine Linken dreinreden. Bis vor kurzem war es undenkbar, dass ein Sozialdemokrat dem Bau-, dem Finanz- oder dem Volkswirtschaftsdepartement vorstehen könnte. Das Ergebnis dieser Monokultur ist bekannt.» (Zitat Ende)

Dabei ist Graubünden das Gegenteil einer Monokultur! Graubünden ist Vielfalt pur, in Sprache, Kultur, Gesellschaft, Landschaft und Lebensgefühl. Und darauf, auf dieses wirkliche und wahre Graubünden müssen wir bauen, wenn wir das Vertrauen in die Politik und die Institutionen wieder zurückgewinnen wollen. Kurz: Graubünden braucht auch in der Politik mehr Vielfalt!

Damit die Vielfalt gewinnt, muss die SP gewinnen. Wir sind die Kraft, die sich schon in den vergangenen Jahren immer für Transparenz eingesetzt hat, beispielsweise mit der Forderung nach dem Öffentlichkeitsprinzip.

Wir sind auch die Kraft, welche seit bald 100 Jahren die Monokultur in der Zusammensetzung des Grossen Rates bekämpft und endlich ein zeitgemässes Proporzwahlrecht fordert.

Wir sind die Kraft, die unangenehme Fragen stellt, wenn es darum geht, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Wir sind die Kraft, die regelmässig Ideen für Fortschritte lanciert. Egal ob in der Sozial-, in der Wirtschafts-, in der Bildungs-, in der Umwelt- oder in der Kulturpolitik. Wir haben das heute mit der Verabschiedung des Positionspapiers einmal mehr bewiesen.

Ohne ein starke SP im Grossen Rat und ohne eine SP-Vertretung in der Bündner Regierung wird es keinen Fortschritt und keine stärkere Transparenz in Graubünden geben. Übrigens: Ich finde es mitten in der Diskussion um Transparenz schon höchst bemerkenswert, dass kein einziger bürgerlicher Regierungskandidat es für nötig befindet, auf «Smartvote» die Zahlen zu seiner Wahlkampffinanzierung offenzulegen. Wo, wenn nicht bei sich selbst, soll denn Transparenz beginnen?

Es ist bekannt: Ich bin Sozialdemokrat durch und durch. Unsere Politik ist meine Leidenschaft. Unsere Werte sind meine Leitplanken. Mein Engagement gilt seit jeher jenen, die vieles richtig machen im Leben, sich beteiligen, sich an die Regeln halten, hart arbeiten, und trotzdem das Gefühl haben, nicht vom Fleck zu kommen. Und es gilt denjenigen, denen es zwar gut geht, die aber in einem fortschrittlichen und lebenswerten Kanton leben wollen. Dazu zählen nicht nur unsere Anhängerinnen und Anhänger. Viele liberale, konservative, christlich- oder bürgerlich demokratische Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die selten oder nie SP wählen, wollen Fairness, Ausgleich und eine breit abgestützte Regierung. Sie schätzen Persönlichkeiten, die mutig und kompetent zu ihrer Meinung stehen, ohne jemanden bekehren zu wollen. Sie schätzen ebenso die Meinungsvielfalt, den Respekt vor den Institutionen und den politischen Wettbewerb um die besten Lösungen. Auf diese Menschen wird es in den kommenden drei Wochen ankommen. Mit diesen Menschen will ich im Wahlkampf sprechen. Um ihre Stimmen will ich werben.

Denn die Umfrageergebnisse zeigen: Es wird knapp. Das Rennen um die Sitze in der Bündner Regierung ist offen. Und offen ist auch das Rennen um die 120 Sitze im Grossen Rat. Umso wichtiger ist es, in den verbleibenden Tagen nochmals, noch klarer und noch stärker aufzuzeigen, um was es bei diesen Wahlen gehen wird, und was wir unter dem wahren Graubünden verstehen:

1. Wir wollen höchste Lebensqualität. Das heisst anständige Löhne, bezahlbare Wohnungen, mehr günstige Krippenplätze – gerade jetzt, wo der Bund den Rückwärtsgang in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf einlegt und dem Impulsprogramm zur Schaffung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen den Stecker zieht. Und das heisst ganz aktuell auch, dass wir die Sicherheit wollen, dass wir nicht von Versicherungskonzernen bespitzelt werden, wenn wir auf Leistungen einer Sozialversicherung angewiesen sind.
2. Wir wollen Pioniergeist. Das heisst gerade nicht, auf veraltete Rezepte wie Olympiagigantismus zu setzen. Und auch nicht, Raumplanung und Umweltrecht ausser Kraft zu setzen. Pioniergeist bedeutet, die neuen Technologien zum Vorteil aller Bündnerinnen und Bündner, gerade in den abgelegenen Tälern, zu nutzen. Und es heisst, dank dem neuen Energiegesetz die einheimische, erneuerbare Energie zu stützen und dank der Sanierung von Altbauten der Bündner Bauwirtschaft eine ehrliche Zukunftsperspektive zu geben. Regierungsrat Mario Cavigelli ist in dieser Frage dringend auf eine starke SP-Fraktion und auf einen standfesten Partner in der Regierung angewiesen – sonst wird nix mit der Energiewende in Graubünden und der Klimawandel geht ungebremst weiter. Das können wir uns schlicht nicht leisten.
3. Wir wollen mehr Chancen für alle Bündnerinnen und Bündner. Das heisst unter anderem gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen an den Stellen, wo entschieden wird. Und das heisst auch, mehr Freiheit in der individuellen Lebensgestaltung. Und mehr Bewegungsfreiheit und weniger Grenzen im wörtlichen Sinn: Gerade Graubünden hat ein vitales Interesse an geordneten Verhältnissen zu Europa. Deshalb sind der Erhalt und die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge in unserem ureigenen Interesse. Eine Abkehr davon würde die Wirtschaft und den Tourismus enorm belasten und zu einem riesigen Regulierungsschub führen. Zudem würde eine abgeschottete Schweiz auch unsere Möglichkeit als Bündnerinnen und Bündner, uns in Europa frei zu bewegen, zu arbeiten und uns auszubilden, massiv einschränken. Als liberaler Mensch ist mir diese Vorstellung ein Graus.

Für all das setzen wir uns in der Regierung und im Grossen Rat ein.

Und deshalb wiederhole ich hier zum Schluss gerne nochmals die drei Wahlversprechen, die ich vor knapp einem Jahr bei der Verkündung des Resultates der Vorwahlen gemacht habe. Sie sind aktueller denn je!

1. Ich verspreche als Regierungsrat für meine Werte und Ideen einzustehen und innerhalb der Regierung konstruktiv und auch hartnäckig dafür zu kämpfen. Die Wählerinnen und Wähler haben den Anspruch, dass Politiker nach den Wahlen wirklich für die Dinge eintreten, die sie im Wahlkampf erzählt haben.
2. Ich verspreche als Regierungsrat die Kollegialität hochzuhalten und das Gemeinwohl immer über Einzelinteressen zu stellen. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das gleiche Recht, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und ihnen zugehört wird.
3. Ich verspreche als Regierungsrat offen, ehrlich und verbindlich zu kommunizieren. Staatliches Handeln muss für die Bevölkerung nachvollziehbar sein. Die Leute sollen immer wissen, woran sie sind.

Daran können und wollen wir uns heute, aber insbesondere ab dem 10. Juni 2018 messen lassen!

Herzlichen Dank!